



Resolution gegen industrielle Massentierhaltung

Das anständige Bayern schämt sich für „Bayern-Ei“:

Die Gesetzgebung muss jetzt die industrielle Massentierhaltung verhindern!

Die ÖDP Bayern appelliert an die Bundesregierung, an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, an die Bayerische Staatsregierung und an die Fraktionen des Bayerischen Landtages, die Gesetze zur Haltung von Geflügel und anderen Nutztieren so zu verschärfen, dass künftig die tierschutzrechtliche und verbraucherschutzorientierte Kontrolle der industriellen Erzeugung von Eiern, Fleisch und Milch wirksam durchgeführt werden kann. Insbesondere müssen die Übergangsfristen bei der (prinzipiell bereits verbotenen) sog. „Kleingruppenhaltung“ von Legehennen erneut auf die Tagesordnung der Gesetzgebung gesetzt werden.

Generell müssen die zulässigen Bestandsgrößen in der Tierhaltung gesetzlich reduziert werden. Die industrielle Massentierhaltung ist als Irrweg einer verfehlten Wachstumsideologie abzustellen, weil sie weder den Rechten der Tiere auf artgerechte Haltung noch den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher nach zuträglichen Lebensmitteln, noch den ökologischen Erfordernissen zum Schutz von Wasser, Boden und Klima entspricht.

Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, mit allen möglichen rechtlichen Mitteln zu verhindern, dass Nahrungsmittel aus industrieller Massentierhaltung mit dem Begriff "Bayern" beworben werden können. Das anständige Bayern schämt sich dafür, dass durch ein Produkt mit dem Namen "Bayern-Ei" womöglich Menschen in Europa zu Tode gekommen oder an ihrer Gesundheit geschädigt wurden.

Begründung:

Der Freistaat Bayern ist durch den aktuellen Salmonellen-Skandal rufschädigend in die Schlagzeilen gekommen. Die Einstufung Bayerns als „Standort industrieller Massentierhaltung“ ist für die weitere positive Entwicklung unseres Landes schädlich. Aufgrund der herrschenden Gesetzeslage kann die industrielle Form der Massentierhaltung aber nicht gesteuert oder verhindert werden. Die Überwachung solcher Großbetriebe durch die staatlichen Behörden bringt immer wieder unlösbare Probleme. Deshalb liegt es im Interesse aller, auf eine verschärfte Gesetzgebung zu drängen. Ziel muss es sein, die industrielle Massentierhaltung abzustellen und bäuerlichen Betriebsformen neue Chancen zu geben.

Beschlossen auf dem Landesparteitag der ÖDP Bayern am 27.06.2015